

Betreff:

Wallauer Spange zeitnah umsetzen (CDU und SPD)

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Wallauer Spange trotz der derzeit bekannt gewordenen Finanzierungsprobleme auf Bundesebene realisiert wird.

Hierzu soll die Landeshauptstadt Wiesbaden insbesondere

1. gegenüber dem Bundesverkehrsministerium und dem Land Hessen die verkehrliche Bedeutung der Wallauer Spange, auch für den Ortsbezirk Breckenheim, deutlich machen,
2. prüfen, welche alternativen Finanzierungs- oder Fördermöglichkeiten bestehen,
3. den Ortsbeirat Breckenheim regelmäßig über den aktuellen Sachstand und weitere Schritte informieren.

Begründung:

Die Wallauer Spange ist ein zentrales Infrastrukturprojekt für den Wiesbadener Osten und hat auch für Breckenheim eine große Bedeutung. Sie verbessert die verkehrliche Anbindung Wiesbadens und der östlichen Vororte deutlich, insbesondere in Richtung Rhein-Main-Gebiet, und wirkt somit attraktivitätssteigernd und lebensqualitätserhöhend. Durch die Verlagerung von Verkehren auf leistungsfähigere Strecken werden innerstädtische Straßen entlastet, was zu weniger Staus, Lärm und Schadstoffbelastung führt. Für Pendlerinnen und Pendler bringt die Wallauer Spange zudem spürbare Zeitgewinne durch kürzere und verlässlichere Fahrzeiten. Insgesamt verbessert die Wallauer Spange die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen in Wiesbaden und im gesamten Rhein-Main-Gebiet. Insbesondere die im Hinblick auf die Realisierung der „Wallauer Spange“ im neuen Nahverkehrsplan vorgesehene Busverbindung der östlichen Vororte untereinander (ehem. Linie 35) ist durch die gestoppte Fortführung stark gefährdet.

Aktuelle Pressemeldungen, wonach das Projekt trotz ursprünglich angekündigtem Baubeginn ab 2026 aufgrund fehlender Mittel des Bundesverkehrsministeriums nicht weiterverfolgt werden soll, sorgen für große Verunsicherung. Der Ortsbeirat Breckenheim hält es daher für notwendig, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpft, um die Realisierung der Wallauer Spange weiterhin aktiv zu verfolgen und gegenüber Bund und Land mit Nachdruck zu vertreten.

Wiesbaden, 29.01.2026